

Hasskriminalität in Baden-Württemberg
Rede von Oliver Hildenbrand am 07. Oktober 2021
im Landtag von Baden-Württemberg

Begründung (1. Runde)
Redezeit: 5 Minuten (≈ 500 Wörter)

Frau Präsidentin / Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

irgendetwas stimmt nicht. Irgendetwas ist in unserer Gesellschaft ins Rutschen geraten. Der Ton der öffentlichen Debatte wird immer rauer und brutaler. Die Grenzen des Sagbaren werden durch kalkulierte Ausrutscher und inszenierte Tabubrüche verschoben. Und die Wellen des Hasses sind in der Pandemie sogar noch aggressiver geworden als zuvor.

Das bleibt nicht ohne Folgen: Aus hasserfüllten Gedanken werden hasserfüllte Worte. Aus hasserfüllten Worten werden hasserfüllte Taten.

Im Jahr 2020 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 746 politisch motivierte Straftaten im Bereich der Hasskriminalität registriert. Und das ist nur die Spitze des Eisberges, denn die Dunkelziffer ist extrem hoch.

Diese Straftaten – ob sie antisemitisch, rassistisch oder queerfeindlich motiviert sind – haben eine gefährliche

Gemeinsamkeit: Sie richten sich nicht nur gegen Menschen als Individuen, sondern sie zielen gleichzeitig darauf ab, ganze Bevölkerungsgruppen einzuschüchtern.

Hasskriminalität erzeugt nicht nur individuelles Leid, sondern richtet auch gesellschaftlichen Schaden an.

Hass und Hetze treffen nicht alle Menschen gleichermaßen, aber sie gehen uns alle gleichermaßen etwas an.

Wenn eine Flüchtlingsunterkunft mit Hakenkreuzen beschmiert wird, dann ist das nicht nur ein Problem für die Geflüchteten.

Wenn ein lesbisches Paar auf offener Straße beschimpft wird, dann ist das nicht nur ein Problem für die Regenbogen-Community.

Wenn ein Jude mit Kippa bespuckt wird, dann ist das nicht nur ein Problem für die jüdische Gemeinde.

Das sind Angriffe auf das Zusammenleben in unserer offenen Gesellschaft. Das sind Angriffe auf unsere Demokratie. Deshalb sind wir alle gefordert dagegen aufzustehen.

Die vorliegenden Zahlen zur Hasskriminalität in Baden-Württemberg zeigen eindeutig: Hass und Hetze kommen ganz überwiegend von rechts. Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Freiheit und unsere Sicherheit.

Es ist beängstigend und beschämend, wenn sich Menschen in unserem Land nicht sicher fühlen können, weil sie aufgrund ihres Aussehens oder ihres Namens, aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Religion zur Zielscheibe von Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt werden.

Es ist deshalb ein starkes Zeichen und ein wichtiger Schritt, dass die grün-schwarze Landesregierung einen Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ eingesetzt hat, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken – mit klarer Haltung und vielfältigen Maßnahmen.

Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, einen ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Hasskriminalität aufzulegen. Wir werden Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz stärker sensibilisieren und die Strafverfolgung effektiver gestalten.

Es fängt aber schon viel früher an: Wir müssen das gesellschaftliche Klima schützen und für ein respektvolles Miteinander eintreten.

Eine Gesellschaft, in der Wörter wie „schwul“ und „behindert“ oder Wörter wie „Gutmensch“ und „Opfer“ als Schimpfwörter funktionieren, hat noch viel zu tun.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wo gehetzt und gehasst wird, muss unsere Demokratie wehrhaft dagegenhalten – mit einer starken Zivilgesellschaft, mit einer gut ausgestatteten und bürgernahen Polizei, mit einer gut ausgestatteten und handlungsfähigen Justiz.

Es ist unsere Aufgabe, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Und das sage ich auch mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen. Wir werden hier klare Schwerpunkte setzen – beispielsweise mit der Stärkung der Landesantidiskriminierungsstelle, mit der Stärkung der Polizei und der Stärkung der Justiz.

Unser Ziel heißt Zusammenhalt in Vielfalt. Eine freie und sichere Gesellschaft muss allen Menschen garantieren, ohne Angst verschieden sein zu können. Zu jeder Zeit und an jedem Ort. Menschen sind unterschiedlich, aber ihre Rechte und ihre Würde sind gleich. Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, dass dieses Versprechen für alle Menschen in Baden-Württemberg gilt.

2.Runde

Frau Präsidentin / Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

verteidigen wir unsere offene Gesellschaft gegen ihre Feinde – egal aus welcher Ecke sie kommen: Hass, Hetze und Gewalt dürfen in Baden-Württemberg keinen Platz haben!

Diese Landesregierung geht entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Hasskriminalität und Hate Speech vor.

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass der Umgang auf der Straße und im Netz immer aggressiver wird. Wir werden uns niemals daran gewöhnen, dass Menschen beleidigt und bedroht werden.

Deshalb setzen wir auf eine Politik, die die Abwehrkräfte unserer Gesellschaft gegen Polarisierung und Spaltung stärkt. Damit alle Menschen in Baden-Württemberg frei und sicher leben können.

Die grün-schwarze Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag eine klare Agenda für ein respektvolles Miteinander gegeben. Wir werden diese Agenda entschlossen umsetzen.

Wir setzen auf eine starke Zivilgesellschaft, auf eine effektive Strafverfolgung und auf eine gezielte Prävention. Was heißt das konkret? Lassen Sie mich drei zentrale Punkte nennen:

1. Wer Hasskriminalität bekämpfen will, muss Polizei und Justiz sensibilisieren: Deshalb werden wir das Thema

Hasskriminalität noch stärker in der Aus- und Fortbildung von Polizei und Justiz verankern. Und gerade im Hinblick auf den Opferschutz ist uns wichtig, dass wir die Perspektiven von Betroffenen und die Expertise aus der Zivilgesellschaft stärker in die polizeiliche und justizielle Arbeit einbeziehen.

2. Wer Hasskriminalität bekämpfen will, muss die Strafverfolgung effektiver gestalten: Wer hetzt und droht, muss mit Anklagen und Verurteilungen rechnen. Deshalb werden wir landesweit in jeder Dienststelle des polizeilichen Staatsschutzes eine Kontaktperson für die Bekämpfung von Hasskriminalität benennen. Außerdem soll die Bearbeitung von Fällen der Hasskriminalität in jeder Staatsanwaltschaft auf Dezernentinnen und Dezernenten konzentriert werden, die diesen Bereich schwerpunktmäßig bearbeiten.

3. Wer Hasskriminalität bekämpfen will, muss die Prävention verstärken: Nicht zuletzt unsere Schulen haben die Aufgabe, die Werte unseres demokratischen Miteinanders zu vermitteln und Wertschätzung im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt zu fördern. Die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ sowie die Leitperspektive „Medienbildung“ im Bildungsplan bieten wichtige Ansatzpunkte, um über Hasskriminalität und Hate Speech aufzuklären. Auch die Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zur Demokratiestärkung,

gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine Daueraufgabe. Wir werden diese wichtige Arbeit finanziell stärken und nachhaltig fördern.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das wirksamste Mittel gegen Hass und Hetze ist: Zivilcourage. Das gilt im analogen Raum genauso wie im digitalen Raum. Wegschauen oder Weghören gilt nicht. Denn wenn Hass und Hetze auf Gleichgültigkeit oder sogar Akzeptanz stoßen, ist Demokratie in Gefahr.

Wo schamlos geschimpft und hemmungslos gehasst wird, müssen wir couragiert widersprechen und uns mit den Betroffenen solidarisieren. Menschenfeindlichkeit darf nicht auf Schweigen treffen. Sie muss auf unseren entschiedenen Widerspruch stoßen. Dafür tragen alle in unserer Gesellschaft eine besondere Verantwortung. Denn es liegt an uns, wie wir miteinander umgehen und in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Herzlichen Dank!